



15. November 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

käme es in einem der grenznahen Atomkraftwerke (AKW) zu einem schwerwiegenden Unfall, wäre aufgrund der großräumigen Auswirkungen entsprechender Unfälle auch die Bevölkerung in der Bundesrepublik betroffen. Negative Folgen sind damit für alle Bundesländer nicht auszuschließen.

Am 23. November wird der Bundesrat in seiner Sitzung über einen Antrag zum Thema Brennelemente-Export an grenznahe AKW beraten. Der von der Landesregierung des Landes Baden-Württemberg eingebrachte Antrag (vgl. Drucksache 512/18) trägt den Titel „Entschießung des Bundesrates zur Reduktion des von grenznahen Kernkraftwerken ausgehenden Risikos für die Bevölkerung in Deutschland“.

Der Antrag zielt darauf, die Bundesregierung aufzufordern,

- mögliche Exporte von Brennstoff an die AKW Fessenheim, Cattenom und Chooz (jeweils Frankreich), Gösgen, Mühleberg, Leibstadt und Beznau (jeweils Schweiz), Temelin und Dukovany (jeweils Tschechien), Tihange und Doel (jeweils Belgien) sowie Borssele (Niederlande) künftig zu untersagen, sowie
- ihre Initiativen zu verstärken und auszuweiten, die zu einem raschen Abschalten der entsprechenden AKW führen.

Obwohl die Bundesregierung die Stilllegung der deutschen AKW beschlossen hat, ist Deutschland weiterhin Standort der globalen Nuklearindustrie. Die Atomfabriken im westfälischen Gronau und im niedersächsischen Lingen sind vom deutschen Atomausstieg ausgenommen und verfügen über eine unbefristete Betriebsgenehmigung. Sie versorgen Atomkraftwerke weltweit mit Brennstoff – darunter die besonders maroden Meiler in Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Tschechien und der Schweiz.

Es ist an der Zeit, dass sich die Landesregierungen zum Schutz der Bevölkerung vereint dafür einsetzen, die deutsche Beteiligung am Betrieb der gefährlichen Atommeiler endlich zu beenden!

Stimmen Sie am 23. November für den Antrag des Landes Baden-Württemberg.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Bastian
SOFA (Sofortiger Atomausstieg)
Münster

Christina Burchert
Arbeitskreis Umwelt Schüttorf

Dr. Angelika Claußen
Europavorsitzende
IPPNW Deutschland

Wolfgang Ehmke
für den Vorstand
Bürgerinitiative Umweltschutz
Lütchow- Dannenberg e.V.

Matthias Eickhoff
Aktionsbündnis Münsterland
gegen Atomanlagen

Fabian Holzheid
Politischer Geschäftsführer
Umweltinstitut München e.V.

Herbert Hoting
AntiAtom Bonn

Ronja Heise
Fachreferentin Energie
Robin Wood e.V.

Jörg Schellenberg
Stop Tihange Deutschland e.V.
und Aachener Aktionsbündnis
gegen Atomenergie

Josef Tumbrinck
Landesvorsitzender
Naturschutzbund Deutschland
e.V. (NABU), Landesverband
Nordrhein-Westfalen